

Der Nationale Integrationsplan

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Integration: eine zentrale Herausforderung für die Gesellschaft

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Hier leben rund 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien. Das sind mehr als 18 Prozent der Bevölkerung. Deshalb ist Integration eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Die Bundesregierung hat dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Neue Wege, neue Chancen

Erfolgreiche Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Übernahme von Verantwortung. Dafür sind Anstrengungen des Staates und der Gesellschaft, aber auch der Zuwanderer selbst notwendig. Gute Deutschkenntnisse, gute Bildung und die Aufnahme in den Arbeitsmarkt stehen dabei im Vordergrund. Im Juli 2006 hat auf Einladung der Bundeskanzlerin erstmalig ein Integrationsgipfel stattgefunden. Ziel war es, bis zum Sommer 2007 ein gemeinsames integrationspolitisches Konzept zu erarbeiten. Dieser Gipfel hat eine neue Entwicklung in der Gesellschaft angestoßen.

Das Ergebnis hat die Bundeskanzlerin beim zweiten Integrationsgipfel im Juli 2007 vorgestellt: den Nationalen Integrationsplan. Entwickelt wurde er nach zwei Leitlinien:

1. im Dialog mit den Migrantinnen und Migranten – mit ihnen reden, nicht über sie.
2. konkret: von jedem Beteiligten Selbstverpflichtungen einfordern, denn jeder kann einen Beitrag zum Gelingen von Integration leisten.

Nationaler Integrationsplan

Der Nationale Integrationsplan geht neue Wege und eröffnet neue Chancen für die Integration von Zuwanderern. Erstmals wirken alle, die in Politik und Gesellschaft mit Integration befasst sind, Hand in Hand: Bund, Länder, Kommunen, Migrantinnen und Migranten, Institutionen und Organisationen aus Wissenschaft, Medien, Kultur, Sport, Wirtschaft, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften.

Das sind die wichtigsten Themen des Nationalen Integrationsplans:

- Integrationskurse verbessern
- Von Anfang an deutsche Sprache fördern
- Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen
- Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern, Gleichberechtigung verwirklichen
- Integration vor Ort unterstützen
- Kulturelle Vielfalt leben
- Integration durch Sport
- Medien - Vielfalt nutzen
- Integration durch bürgerschaftliches Engagement und gleichberechtigte Teilhabe stärken
- Wissenschaft – weltoffen!

Fördern und Fordern

Integration ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Grundlage ist neben unseren Wertvorstellungen und unserem kulturellen Selbstverständnis die freiheitliche und

demokratische Ordnung, wie sie sich aus der deutschen und europäischen Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz ihre verfassungsrechtliche Ausprägung findet. Integration kann nicht verordnet werden. Sie erfordert Anstrengungen von allen, vom Staat und der Gesellschaft. Maßgebend ist zum einen die Bereitschaft der Zuwanderer, sich auf ein Leben in unserer Gesellschaft einzulassen, unser Grundgesetz und unsere gesamte Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und insbesondere durch das Erlernen der deutschen Sprache ein sichtbares Zeichen der Zugehörigkeit zu Deutschland zu setzen. Auf Seiten der Aufnahmegesellschaft sind Akzeptanz, Toleranz, zivilgesellschaftliches Engagement und die Bereitschaft unverzichtbar, Menschen, die rechtmäßig bei uns leben, ehrlich willkommen zu heißen: Integration – eine Chance für unser Land!

Die vielfältigen Begabungen von Zuwanderern sind bisher nicht immer ausreichend anerkannt und gefördert worden. Das will die Bundesregierung in Zukunft ändern. Alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, sollen ihre Begabungen entfalten können und Sicherheit durch Bildung und Arbeit gewinnen.

„Unsere Gesellschaft wird reicher und menschlicher durch Toleranz und Offenheit. Integration geht daher uns alle an – die Menschen aus Zuwandererfamilien genauso wie die Bürgerinnen und Bürger, die schon lange hier leben. Integration kann nur miteinander gelingen.“ (*Bundeskanzlerin Angela Merkel*)

„Die Integration der Menschen aus Zuwandererfamilien ist eine riesige Herausforderung. Machen wir sie zu einer großen Chance für unser Land! Denn hier entscheidet sich letztlich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft - sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.“ (*Maria Böhmer, Staatsministerin im Kanzleramt und Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration*)

Viele machen mit

Bund, Länder und Kommunen sichern wichtige Voraussetzungen für das Gelingen von Integration. Allein kann der Staat die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Integration aber nicht erfüllen; dies gelingt nur mit einer aktiven Bürgergesellschaft. Deshalb bringen sich beim Nationalen Integrationsplan viele ein: Staat und gesellschaftliche Gruppen, Medien, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft ebenso wie Migrantinnenorganisationen – sie alle haben sich zu konkreten Maßnahmen verpflichtet. Hier einige Beispiele:

Die Bundesregierung wird

- Integrationskurse zum Erwerb der deutschen Sprache ausbauen;
- zusammen mit Ländern und Kommunen die Zahl der Ganztagschulen und Tagesbetreuungsplätze erhöhen;
- mit dem Modellprogramm „Die 2. Chance“ die Zahl der Schulabbrüche verringern;
- mit einem Netzwerk „Bildungspaten“ Kinder und Jugendliche unterstützen;
- durch gezielte Maßnahmen die Chancen auf gute Ausbildung und ein erfolgreiches Studium erhöhen.

Die Länder werden

- die Förderung der deutschen Sprache vom Kindergarten über die Schule bis in die Ausbildung verstärken;
- mehr Migrantinnen und Migranten als Erzieherinnen und Lehrkräfte gewinnen;
- den Zugang von Migrantinnen und Migranten zu gesundheitlichen Angeboten,

- Pflegediensten und Seniorenangeboten verbessern.

Die Kommunalen Spitzenverbände empfehlen

- die Unterstützung der Migranten durch „Integrationslotsen“;
- Migrantinnen und Migranten stärker an den Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen vor Ort zu beteiligen;
- in Stadtteilen mit Integrationsdefiziten durch Quartiersmanagement und Netzwerkbildung
- das Zusammenleben zwischen den Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Die Organisationen von Migrantinnen und Migranten werden

- eine Kampagne „Frauen haben Rechte“ durchführen;
- die Bildungsbeteiligung von jungen Migrantinnen und Migranten durch gezielte Elternarbeit und Bildungspaten verbessern.

Die Wirtschaft wird

- in Betrieben, die von Migranten geführt werden, 10.000 zusätzliche Ausbildungsstellen schaffen;
- mit der „Charta der Vielfalt“ die Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration verbessern.

Der Deutsche Olympische Sportbund und der Deutsche Fußball-Bund werden

- die Bedeutung der Integration als ein Schwerpunktthema des Sports in die Verbände tragen, Übungsleiterschulungen anbieten und bei Migrantenfamilien Mitglieder werben.

Die Stiftungen werden

- die Integration zu einem zentralen Ziel ihres bürgerschaftlichen Engagements und ihrer Begabtenförderung entwickeln.

Die deutschen und ausländischen Medien werden

- Journalisten und Schauspieler ausländischer Herkunft verstärkt in Redaktionen und Programme einbeziehen;
- die Medienforschung intensivieren und die Medienkompetenz fördern.

Ausführliche und aktuelle Informationen unter: www.Nationaler-Integrationsplan.de, www.integrationsbeauftragte.de, www.bundesregierung.de